



Sitzungsvorlage

Nr.: 115a/2004
ausgefertigt am: 12.05.2004
Fachamt: Interner Servicebetrieb
zu beteiligende Gremien: – Kreistag

Tischvorlage

Resolution zur Ersten Nachtragssatzung für das Haushaltsjahr 2004
hier: Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 12.05.2004

Die SPD-Kreistagsfraktion hat mit Schreiben vom 12.05.2004 folgenden Antrag gestellt:

„Der Kreistag des Landkreises Cuxhaven möge folgende Resolution an die Niedersächsische Landesregierung, den Niedersächsischen Landtag, den Niedersächsischen Städte- und Gemeindebund sowie den Landkreistag beschließen:

RESOLUTION

Seit Jahren kommt es zu Verwerfungen der Finanzen von Kommunen und Landkreisen in Deutschland, so dass diese heute nicht mehr in der Lage sind, ihre gesetzlichen Aufgaben zu erfüllen. Alle Parteien haben in den vergangenen Jahren wenig Rücksicht auf die finanziellen Bedürfnisse der Gemeinden, Städte und Landkreise genommen. Die Haushaltslage der Kommunen ist dramatischer denn je. Auch im Landkreis Cuxhaven bestehen kaum noch Möglichkeiten, den strukturellen Fehlbedarf zurückzufahren und in absehbarer Zeit einen ausgeglichenen Verwaltungshaushalt aufzustellen. Trotzdem sind Landes- und Bundesgesetze beschlossen bzw. in Vorbereitung, die weitere finanzielle Belastungen bedeuten.

Der Kreistag des Landkreises Cuxhaven fordert deswegen den Niedersächsischen Landtag auf, die Landesverfassung dahingehend zu ändern, dass die Kommunen ein Vetorecht gegen alle Landesgesetze erhalten, bei denen sie mit der Regelung der finanziellen Folgekosten nicht einverstanden sind. Bundes- und Europarecht soll dabei eingeschlossen sein. Die geänderte Landesverfassung muss sicherstellen, dass die niedersächsischen Kommunen für jedes Gesetz und jede Verordnung, die ihnen neue Aufgaben übertragen, ein verbrieftes Recht auf Kostenerstattung erhalten.

Eine Verfassungsänderung ist notwendig, um nicht nur den jetzigen Landtag zu binden, sondern auch zukünftige. Für den Kreistag des Landkreises Cuxhaven ist die Änderung der Landesverfassung die einzige Möglichkeit, weitere ungerechte Kostenverteilungen zwischen Kommunen, Land und Bund zu verhindern.

Der Kreistag des Landkreises Cuxhaven erwartet vom Niedersächsischen Städte- und Gemeindebund und vom Landkreistag volle Unterstützung für die Forderung eines solchen Vetorechts.

Der Kreistag des Landkreises Cuxhaven fordert die Niedersächsische Landesregierung und den Niedersächsischen Landtag auf, die Verfassungsänderung noch in diesem Jahr auf den Weg zu bringen.“

Bielefeld